

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 6,40 Mk., monatlich 1,80 Mk.,
 frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Monatlich vom Postamt abgeholt
 1,80 Mk., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,94 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen 4.— Mk., für das übrige Ausland
 6,60 Mk. monatlich. Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— Mk.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Dänemark, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragene in die
 Verzeichnisse des Reichs.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Kasse (Polizei-Kolonelgeleit) kostet
 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 ist gedruckt Wort 20 Pf. (unabhängig
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Stempelgebühren und
 Schließgebühren das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Feuerungsgebühren 30%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte-Anzeigen
 70 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S. O. 66, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Schließt von 3 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 9. November 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die deutsche Freiheitsbewegung.

Die Kaiserfrage vor der Entscheidung. Kurzer Ausschub!

Ueber den Stand der Kaiserfrage am gestrigen Abend unterrichtet in kurzer und erschöpfender Form folgendes Flugblatt, das vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion ausgegeben wurde:

Arbeiter! Parteigenossen!
 Ein Teil der gestern den uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Reichspartnern erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Bezug durch Reichsgesetz eingeführt werden.
 Die sofortige Parlamentarisierung der Preussischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.
 Die Einberufungen zum Rüsttag sind rückgängig gemacht. Noch nicht erledigt ist

die Kaiserfrage.
 Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht der Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufheben des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Sonnabendvormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.
Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Ausschub von wenigen Stunden.
 Eure Kraft und eure Entschlossenheit verträgt diesen Ausschub. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion.

Heute mittag erwartet man den Kurier mit den Waffenstillstandsbedingungen in Berlin. Morgen dürfte der Waffenstillstand unterzeichnet werden. Dann ist die augenblickliche Hemmung, die sich der schnellen Lösung entgegenstellte, weggeräumt.

Der Reichskanzler hatte nach dem Ultimatum der Sozialdemokraten seine Demission angeboten, die abgelehnt wurde. Auch ohne sie wäre die Volksregierung durch den sofortigen Austritt der Sozialdemokraten zusammengebrochen, und dann wäre niemand dagewesen, der den Waffenstillstand hätte unterzeichnen können.

Jeder Tag Krieg kostet nutzlos und zwecklos Tausende von Menschenleben. Darum hat die Sozialdemokratie in den kurzen Ausschub eingewilligt. An dem Ergebnis, das mit großer Bestimmtheit zu erwarten ist, wird nichts dadurch geändert.

In den Hanfsäbden, in zahlreichen Städten Mitteldeutschlands ist die Bewegung siegreich. Bayern und Braunschweig sind zu Volksrepubliken erklärt, der Herzog von Braunschweig hat für sich und seine Nachkommen auf den Thron verzichtet.

Welcher Siegeslauf der Bewegung in den wenigen Tagen seit Kiel? Kiel wirkte Vorbildlich in jeder Beziehung. Ueberall galt es als Regel, Verluste von Menschenleben zu vermeiden, und überall, soweit wir sehen, arbeiten, wie in Kiel, wo Genosse Roske als Marine- und Stadtkommandant seines Amtes walte, die beiden sozialistischen Richtungen einträchtig zusammen.

Es gilt jetzt, die Bewegung in den unblutigen Formen, in denen sie sich bisher vollzogen hat, zum krönenden Abschluß zu bringen und dann die brennenden sozialen Fragen, vor allem die Ernährungsfrage in die Hand zu nehmen. Dazu sind wir auf gutem Wege. Versuche zu Gegenmaßnahmen, die nicht im Einverständnis mit der Regierung, also von Unverantwortlichen auf eigene Faust unternommen werden könnten, werden kaum zur Ausführung gelangen können. Sie können nur namenloses Unheil anrichten, an dem Endergebnis aber nichts ändern.

Das ganze Volk muß wissen, daß der Erfolg dieser Versuche unweigerlich zur Wiederaufnahme des Krieges und zum völligen Ruin Deutschlands führen müßte. In dem Augenblick, in dem an der Spitze des Reichs keine Volksregierung mehr, sondern eine kaiserlich-militaristische Regierung stände, wäre die wichtigste vom deutschen Volk angenommene Friedensbedingung hinfällig geworden, und

Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Amtlich. Berlin, 8. November. Die deutsche Waffenstillstandskommission ist gestern mittag aus dem Großen Hauptquartier nach den französischen Linien abgefahren. Die Kommission besteht aus dem Staatssekretär Erzberger als Vorsitzendem, dem Generalen Oberndorff, Generalmajor von Winterfeldt, Kapitän zur See von Bauselow. — Als zweite Staffel fahren um 3 Uhr nachmittags ins Hauptquartier der Decresgruppe deutscher Kronprinz: Major Dästerberg, Major Brindmann, Major Kriebel, Major von Böttcher und Legationsrat von Verdner.

London, 7. November. (Reuters.) Der erste Vize-Lord, der Admiral Sir Rosslyn Wemyss wird als Vertreter der britischen Flotte den Waffenstillstandsverhandlungen beizutreten.

Entscheidung binnen drei Tagen gefordert. Keine vorläufige Waffenruhe.

Berlin, 8. November. Amtlich. Die Waffenstillstandsbedingungen sind unseren Unterhändlern mitgeteilt worden. Ihre Annahme in ihrer Gesamtheit wird bis Montag verlangt. Der Inhalt ist im Hauptquartier und in Berlin noch nicht eingetroffen.

Amsterdam, 8. November. Das Bureau Radio teilt mit, daß die deutschen Bevollmächtigten Freitag morgen im Großen Hauptquartier der Alliierten die Bedingungen für den Waffenstillstand mit der dringenden Aufforderung erhielten, sie binnen 72 Stunden, die am Montagmorgen um 11 Uhr französischer Zeit ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen.

Der deutsche Vorschlag zum sofortigen Abschluß einer vorläufigen Waffenruhe wurde vom Marschall Hoch abgelehnt. Der Text der Waffenstillstandsbedingungen wurde in das deutsche Hauptquartier durch Kurier geschickt.

die Friedensverhandlungen wären damit gescheitert. Darüber muß jeder Volksgenosse aufgeklärt werden, dann sind Wahnsinnsstreiche der Reaktion unmöglich.

Die Entscheidung des Kaisers in kürzester Frist zu erwarten!

Berlin, 8. November. Der Kaiser, welcher von dem Reichskanzler über die Gesamtlage genau unterrichtet ist, hat den Prinzen Max von Baden gebeten, einstweilen die Geschäfte des Reichskanzlers weiterzuführen, bis der endgültige Beschluß des Kaisers erfolgt. Dieser ist in kürzester Frist zu erwarten. W.L.W.

Bayern Volksrepublik! Einigung beider sozialistischen Richtungen.

München, 8. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute früh ist hier die Republik ausgerufen worden. Die Garnison hat sich dem Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat unterstellt, ebenso die Polizeidirektion. Sämtliche staatliche Einrichtungen sind in seiner Gewalt.

Die beiden sozialistischen Richtungen haben sich vollständig geeinigt, um die neue Ordnung sicherzustellen. Bauernbund und Fortschrittler zeigen gewisse Reigung, sich anzuschließen. Die Bewegung trägt keinerlei partikularistische Tendenz, sie ist im Gegenteil durchaus reichstreu und will die Republik, die ja auch in Deutschösterreich schon auf dem Marsche ist, für ganz Deutschland.

Die neue Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsidium und Reiches: Kurt Eisner, Kultus: Hoffmann-Kaiferlaubert, Militär: Rosthaupter, Inneres: Auer, Verkehr: Frauendorfer; Justiz: Timm; Finanzen: Prof. Edgar Jaffe, soziale Angelegenheiten: Unterleitner.
 Das Präsidium des Parlaments besteht aus Eduard Schmid-München, Schröder (Bauernbund) und Prof. Cuijbe (Volkspartei, vorbehaltlich Zustimmung seiner Fraktion).

Folgende Proklamation ist erlassen worden: Volksgenossen! Nach jahrelanger Verdrückung hat das Volk die Macht wieder gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen.

Die Bayerische Republik wird hierdurch proklamiert. Oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat der provisorisch eingesetzt ist bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen werden wird. Er hat gesetzgebende Gewalt.

Die ganze Garnison hat sich der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. Generalkommando und Polizeidirektion stehen unter unserem Befehl.

Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik! Der Arbeiter- und Soldatenrat. Kurt Eisner.

Eine zuvor erlassene Proklamation ändert eine konstituierende Nationalversammlung

an. Sie führt aus: Die Erhebung Bayerns diene dem Wohl Deutschlands für einen Frieden des Völkerbundes vorzubereiten, bevor die feindlichen Heere eindringen und das Zurückfluten der demobilisierten Truppen ein Chaos herbeiführen. Die Offiziere sollten unangestastet bleiben, sofern sie sich den neuen Behörden unterstellen. Die Bauern würden für die Versorgung der Soldate durch Lebensmittel sorgen. Der Umschwung sei rasch, leicht und friedlich, ohne Blutvergießen vollzogen, und auch weiter müßten Menschenleben heilig bleiben. Diese in der Nacht zum 8. November erlassene Proklamation schließt mit folgenden Sätzen:

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die Bayerische Republik, es lebe der Frieden, es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktritts vorbehalten. München, 8. November.

Der königliche Polizeipräsident. v. Weich.

Das Hauptquartier des Arbeiter- und Soldatenrates befindet sich im Landtagegebäude.

Es scheint sich zu bestätigen, daß sich der Umschwung in Bayern ohne jedes Blutvergießen vollzogen hat. Preussische Truppen, die im letzten Augenblick zur Unterdrückung der Bewegung herangezogen wurden, liegen sich ohne Kampf entwaffnen.

Megensburg, 8. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bevölkerung und Garnison haben die Nachricht von der Verkündung der Volksrepublik in München mit großer Begeisterung aufgenommen und sich der Bewegung angeschlossen.

Auch Württemberg schon Republik?

Nach sehr bestimmt auftretenden Nachrichten sollen sich in Württemberg ähnliche Ereignisse abgespielt haben wie in Bayern. Einzelheiten stehen noch aus. Nach W.L.W. handelt es sich jedoch um unbegründete Gerüchte.

Braunschweig Volksrepublik.

Abdankung des Herzogs Ernst August.

Braunschweig, 8. Novbr. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine völlig unblutige Bewegung hat hier zur Abdankung des Herzogs geführt. Die Bewegung begann gestern abend mit Versammlungen. Heute früh wird in allen größeren Betrieben die Arbeit eingestellt. Die Garnison schloß sich sofort an. Unter ihrem Vorantritt zogen heute morgen viele Tausende mit roten Fahnen vor das Residenzschloß, in dem sich der Herzog, die Herzogin sowie die Kinder des Prinzen Max von Baden befanden. Gewaffnete Matrosen drangen in das Schloß ein, holten die herzogliche Fahne herunter und hielten die rote Flagge. Wahnwölfe, Wolf und sämtliche Amtsgebäude wurden besetzt, die Gefangenen befreit. Das Polizeipräsidium wurde durchsucht, und den Beamten wurden die Waffen abgenommen. Für morgen ordnete der Arbeiter- und Soldatenrat die Wiederaufnahme der Arbeit ab, mit Ausschluß der Munitionsbetriebe, an. Der Herzog erließ eine Rundgebung, die das gleiche Landtagswahlrecht in Aussicht stellt (siehe unten), konnte damit aber die Bewegung nicht zum Stillstand bringen.

Geute 7 Uhr abends erschien eine Deputation des Arbeiter- und Soldatenrates im Schloß und legte dem Herzog Ernst August ein Schriftstück vor des Inhalts, daß er für sich und seine Nachkommen auf den Thron verzichte.

Nach kurzer Bedenkzeit unterzeichnete der Herzog. Das Schriftstück wurde von den Ministern gegengezeichnet. Er erhielt die

Gefahren, noch einige Tage in Braunschweig zu bleiben und erhält dann freies Geleit nach Schloß Blankenburg.

Nachmittags 3 Uhr kam es in Wolfenbüttel zu einem blutigen Zusammenstoß. Zwischen Artillerie und Braunschweiger Soldaten wurden scharfe Schüsse gewechselt.

Wohlfahrtsausschuß in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 8. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Hier in Frankfurt ist der kommandierende General zurückgetreten. Bei der Zusammenkunft der beiden Parteien, der Fortschrittler und Sozialdemokraten, des sogenannten Wohlfahrtsausschusses, an der auch die Gewerkschaften, der Polizeipräsident, das Stellvertretende Generalkommando sowie die beiden Bürgermeister teilnahmen, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die verhafteten Matrosen aus Kiel werden freigelassen.
 2. Den Soldaten wird zugesichert, einen Soldatenrat zu wählen.
 3. Die Polizei enthält sich jeden Eingriffs in politische und militärische Angelegenheiten.
 4. Den Soldaten ist der Besuch von politischen Versammlungen gestattet.
 5. Morgen mittag 12 Uhr werden sämtliche Betriebe zum Besuch einer Massendemonstration stillgestellt.
 6. Polizei- und Militärbehörden unterstellen sich den Anordnungen des Wohlfahrtsausschusses.
- Die Militär- und Polizeibehörden haben sich mit diesen Forderungen einverstanden erklärt. Heute abend finden in sämtlichen Kasernen die Wahlen zum Soldatenrat unter der Leitung der Partei und der Gewerkschaften statt. Die Wahlen zum Arbeiterrat werden morgen vorgenommen.

Die Bewegung in Frankfurt ist absolut ruhig verlaufen. Es ist kein Blut geflossen. Die unabhängigen Sozialdemokraten veranstalten heute abend eine Versammlung, man glaubt, daß sie der Bewegung beitreten, sich an den Wohlfahrtsausschuß wenden und eine Mitvertretung im Arbeiter- und Soldatenrat verlangen werden.

Ausbreitung der Bewegung in Deutschland.

Hannover — Köln — München — Braunschweig — Magdeburg.

Der amtliche Bericht vom 8. November meldet: Ueber die Unruhen im Reich wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die Unruhebewegungen haben sich weiter ausgedehnt. Es sind davon unter anderem in Mitleidenschaft gezogen: Hannover, Köln, München, Braunschweig und Magdeburg. Hiermit ist jedoch noch nicht gesagt, daß diese Städte ganz in der Hand der Aufständischen sind. Die Nachrichten sind naturgemäß nicht zuverlässig und sind widerspruchsvoll. In Hannover ist z. B. ein Teil der Garnison fest in der Hand ihrer Führer und wehrt sich entschlossen gegen die Bewegung. Ähnliche Verhältnisse scheinen in Magdeburg, Köln und München vorzuliegen.

Som Industriegebiet

Und die Meldungen noch nicht klar, es scheinen aber Versuche vorzuliegen, an einzelnen Orten Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden. Es zeigt sich jetzt ein gewisses planmäßiges Vorgehen. Überall daselbst wird die Idee der Hauptzentren Kiel und Hamburg sind im Laufe des gestrigen Tages immer wieder

Jüge mit bewaffneten Matrosen

und Aufschreit in das Land entzündet worden. Diese Versuche in den wichtigsten Städten sind sofort der Verkehrszentren zu bewachen und die Kommandostellen aufzuheben. Dann wird unter Heranziehung leichtbewaffneter Elemente, unter denen sich eine ganze Reihe fahnenflüchtiger befindet, versucht, die Truppen zu verstreuen, indem ihnen vorgezeigt wird, daß es sich gar nicht um eine revolutionäre Bewegung handelt, sondern um militärische Reformen. Bei manchen Truppen ist der Versuch gelungen, bei anderen hat er energischen Widerstand gefunden. An zahlreichen Stellen ist bereits durch entsprechende Vorstellung von Entlassungen der Regierung ein gewisses Einlenken erreicht worden. Die ganze Bewegung geht — bei aller Unruhe in Einzelheiten — offenbar von Rußland aus, wobei die bisherige Berliner Vertretung der russischen Sowjetrepublik ja nachweislich mitgewirkt hat. Wie die russische Regierung selbst angegeben hat, hofft sie sich dadurch zu halten, daß auch in Deutschland und besonders in ganz Europa die bolschewistische Idee nochmals zum Ausflammen kommen. In dem Bewußtsein, daß das deutsche Volk in seiner Masse für die bolschewistischen Ideen nicht zu haben ist, wird planmäßig versucht, die Inzuchtigen und nach Möglichkeit Teile der bewaffneten Macht allmählich auf die schiefe Ebene zu bringen, indem man sie zunächst durch noch terroristische Reformvorschlüsse in Widerspruch mit ihren Pflichten und mit der bestehenden Volksgesetzgebung zu bringen versucht. Allmählich sollen die Leute dann weiter gedrängt werden bis zu dem bolschewistischen Radikalismus, wie dies in einzelnen Fällen bereits klar erkennbar ist. Die Verführten und Mitläufer sind sich nicht im mindesten bewußt, zu welchen verhängnisvollen Folgen eine bolschewistische Bewegung in Deutschland notwendig führen muß, wo die Volksernährung bisher nur mit einer sehr gegliederten Organisation durchführbar war.

Die Bewegung in Magdeburg.

Magdeburg, 8. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Hier ist heute morgen die Bewegung ausgebrochen. Sie begann damit, daß Teile des Artillerie-Regiments sich bewaffnet auf die Straße begaben, andere Kasernen aufsuchten, sie zum Ausschlag veranlaßten und die Militärgefängnisse öffneten. Sämtliche Militärgefangenen wurden befreit. Auch aus dem großen Justizgefängnis wurden alle Insassen herausgelassen. Die zunächst führende Bewegung gelangte gegen Mittag in einige Ordnung, für die beide sozialdemokratische Parteien die Führerschaft übernahmen. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien und aus Vertretern der Soldaten zusammensetzte. Es wurde die Forderung formuliert und dem Generalkommando überreicht, die Offiziere würden auf den Straßen von den Soldaten zunächst ihrer Ausrüstung und ihrer Waffen beraubt. Die Soldaten drangen auch in das Generalkommando ein und veranlaßten dort die Offiziere, ihre Degen abzulegen, einschließlich des kommandierenden Generals. Nachmittags fand auf dem Domplatz eine große Versammlung statt, an der Tausende von Soldaten und Arbeitern teilnahmen. Die Arbeiter haben die Arbeit in den Nähungsbetrieben niedergelegt. Forderungen wurden aufgestellt, die ungefähr den Kieles und Bremer Forderungen entsprachen. Die Forderungen wurden abends dem kommandierenden General unterbreitet, der sie zu einem großen Teil annahm. Die Offiziere des Generalkommandos stellen sich zu Verfügung des Soldatenrates. Es wird eine Kommission von Offizieren aus dem Generalkommando gebildet, die

Der deutsche Rückzug zwischen Schelde und Maas — Nachhutkämpfe — Teilkämpfe östlich der Maas.

Berlin, 8. November 1918, abends. Amtlich.

An der Westfront ruhiger Tag.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 8. November 1918. Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Franzose, der sich nordöstlich von Dudenarde erneut auf östlichem Scheldensfer seht, wurde im Gegenangriff wieder über den Fluß geworfen. Zwischen der Schelde und der Maas haben wir die Bewegungen in letzter Nacht planmäßig weitergeführt. Vor unseren neuen Linien entwickelten sich Nachhutkämpfe, die südlich der Straße Valenciennes—Mons, an der Sambre, nördlich von Avesnes und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan größeren Umfang annahmen. Sie endeten überläßlich mit der Abwehr des Gegners. Der Feind stand am Abend östlich von Savaai — nördlich von Avesnes — östlich von La Capelle — südwestlich von Hiron — südlich von Signy—L'Abbaye, bei Bois Berron und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan. Östlich der Maas Teilkämpfe in dem Waldgelände westlich von Brandeville.

Der Erste Generalquartiermeister. Groener.

über militärische Angelegenheiten gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Besprechungen pflegt.

Die öffentliche Ruhe ist nicht erheblich gestört, der Bohnenverkehr ist zum großen Teil eingestellt, er wird aber morgen wieder aufgenommen werden. In einigen Kasernen, Bekleidungs- und Probantämtern hat die Zivilbevölkerung zum Teil Plünderungen vorgenommen. Der Soldatenrat, der allgemein anerkannt wird und dem sich auch das Politikum zum Verfügung gestellt hat, hat die Ordnung für die Nacht und die nächsten Tage organisiert. Patrouillen ziehen durch die Stadt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Unter den Forderungen, die gestellt sind, befinden sich auch allgemeine politische, u. a. die der sozialen Republik und allgemeinen Demokratisierung Deutschlands und der Bundesstaaten, ferner die Vereidigung der Armee auf die Verfassung.

Oldenburg.

Oldenburg, 7. November. Heute mittag fand hier eine große Versammlung statt, die von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten geleitet wurde; sie verlief im allgemeinen ruhig. Es wurde ein Soldatenrat gebildet und dann fand ein großer Umzug durch die Stadt statt, ohne daß Unruhen dabei vorgekommen wären, weil das Militär sich in allen Teilen zurückzieht. Große Teile der in Oldenburg liegenden Regimenter beteiligten sich nicht an der Kundgebung. Die sozialdemokratischen Leiter hielten streng auf Ruhe und Ordnung.

Hannover.

Hannover, 7. November. Nachdem sich heute morgen die Soldaten und Matrosen des Bahnhofs und der militärischen Verwaltungsgelände bemächtigt hatten, herrschte tagsüber verhältnismäßig Ruhe. Der vorläufige Arbeiter- und Soldatenrat hatte nachmittags nach dem Marktplatz eine Versammlung einberufen, in der die Reichstagsabgeordneten Drey und Fischer Anträge hielten und die Forderung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnten. Es wurde beschlossen, sofort in Verhandlungen mit den Militär- und Stadterwartungen zu treten. Zu Zusammenstößen kam es nirgends.

Wilhelmshaven.

Bremen, 6. November. Die „Befreiung“ schreibt: Nach Berichten aus Wilhelmshaven hier eingetroffener Reisender steht Wilhelmshaven unter der Herrschaft des Soldatenrates,

der sich dort aber Vertrauenskommission der Mannschaft nennt. Nachdem bereits in der vorigen Woche die Matrosen dem Kommandanten ihre Forderungen unterbreitet hatten, kam es heute morgen zu einer größeren Kundgebung. Eine nach Zehntausenden zählende Menge bog sich mit roten Fahnen zum Stationsplatz. Die mit diesem geführten Verhandlungen haben die Freilassung aller wegen politischer Vergehen in Untersuchung- und Strafhaft befindlichen Marineangehörigen zur Folge gehabt. Nirgends ist es bisher zu Unruhen gekommen. Der Ausschuss von Altona ist unterzogen.

Bremen, 7. November. Die „Befreiung“ meldet weiter aus Wilhelmshaven unter dem 6. November: Hier haben die Matrosen dem Kommandanten jetzt den Gehorsam verweigert. Aus der Oldenburger Garnison sind einige 100 Mann mit Maschinengewehren eingetroffen. Von Wilhelmshaven wurden einige 1000 Matrosen mit Extrazügen nach dem Innern Deutschlands

besördert. Gewalttätigkeiten sind nicht vorgekommen, aber sämtliche Schiffe sind in der Hand der zurückgebliebenen Matrosen.

Bremen, 7. November. Wie die „Befreiung“ aus Wilhelmshaven meldet, wurde in der Sitzung der Delegation im Rathaus gestern abend ein Ausschuss von 21 Mann, der wiederum einen Führer Ausschuss einsetzte, gebildet. Alle wichtigen Radikaleinstellen werden von Vertrauensmännern der Arbeiter- und Soldaten besetzt. Am Donnerstagvormittag fand hier eine

große Versammlung auf dem Militärplatz statt, an der etwa 30 000 Mann teilgenommen haben dürften. In verschiedenen Reden wurde zu Besonnenheit gemahnt. Danach wurde eine Entschließung gefaßt, in der die

Abschaffung der Monarchie

gefordert wird. Die Versammlung zog dann in geordnetem Zuge durch die Stadt. Der Ausschuss legte besonderen Wert auf den Fortgang der Lebensmittelversorgung für die Militär- und Zivilverwaltung. Auf dem Werften dürfte die Arbeit am Freitag wieder aufgenommen werden.

Bremen.

Bremen, 7. November. Heute fand hier gegen 2 Uhr mittags unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Männern, Frauen und Militär die bereits gestern bekanntgegebene große Volksversammlung auf dem Spielplatz an der Nordstraße statt. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Um 2 Uhr bewegten sich ein gewaltiger Zug der Demonstrierenden nach dem Innern der Stadt dem Marktplatz zu, wobei sich allgemein das Bestreben bemerkbar machte, die Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Die Spitze des Zuges eröffneten 60 bewaffnete Soldaten, denen eine Kompanie- und Pfeilerkompanie, die Regimentkapelle und dann wieder Soldaten folgten. Nach den Schüssen der „Befreiung“ nahmen an dem Zuge ungefähr 30 000 Personen teil. Gegen 3 Uhr trat der Zug auf dem Marktplatz ein. Auf der Balustrade des Rathauses wurden die Parteifahnen aufgehängt. Dort versammelten sich auch die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates und ebenso eine Musikkapelle. Als erster sprach der Abgeordnete Drey. Nach ihm sprach der Soldat Wilhelm vom Soldatenrat. Er schloß mit einem Hoch auf die sozialistische Republik. Gesangsvorträge auf der Balustrade beschlossen die Kundgebung.

Schwerin.

Schwerin, 8. November. Die „Mecklenburgische Zeitung“ berichtet nachstehendes Ertraktat: Heute mittag 1 Uhr empfingen der Großherzog und das Staatsministerium Vertreter des Arbeiter- und Soldaten-

rates. Diese trugen ihre Wünsche wegen einer Verfassungsänderung in Mecklenburg vor. Heute nachmittags 4 Uhr fanden sich die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates sowie die Reichstagsabgeordneten Dr. Wendorf und Sivkovich zur Entgegennahme der Entschließung des Großherzogs im Sitzungssaal des Staatsministeriums ein. Staatsminister Langfeld verlas folgende Entschließung:

Nachdem uns von Vertretern weiter Kreise der Bevölkerung dringende Wünsche wegen der politischen Neuorientierung des Landes kundgegeben worden sind, bestimmen Wir hierdurch das Nachstehende:

1. Es soll sofort in Mecklenburg eine auf den Grundsätzen des parlamentarischen Systems beruhende Landesverfassung eingeführt werden, die eine Vertretung unseres Volkes durch eine Kammer, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts gewählt wird, vorsieht.

2. Wir haben den Mitgliedern unseres Staatsministeriums auf ihre Bitte die Entlassung aus ihren Ämtern in Gnaden bewilligt.

3. Wir werden bald ein neues Ministerium bilden aus einer größeren Anzahl von Angehörigen der in Mecklenburg vertretenen Parteien der Linken des Reichstags.

Gegeben durch Unser Staatsministerium. Schwerin, den 8. November 1918. Gtz. Friedrich Franz, Gtz. Langfeld, von Blücher, v. v. Meerheimb.

Die die „Mecklenburgische Zeitung“ hört, hat der Reichstagsabgeordnete Sivkovich vom Arbeiter- und Soldatenrat den Auftrag zur Weiterführung der Verhandlungen erhalten. Wie aus sicherer Quelle verläutet, ist in Aussicht genommen, dem Großherzog ein vorläufiges Ministerium, das in den nächsten Wochen ergänzt werden soll, vorzuschlagen. Es sind für dieses Ministerium in Aussicht genommen: 1. die anwesenden Reichstagsabgeordneten, 2. ein Vertreter der Rechtssozialisten aus Mecklenburg, 3. je ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates.

Kostock.

Kostock, 8. November. In Kostock sind Soldatenräte gebildet. Die Chaussee nach Warnemünde ist besetzt.

Demokratisierung der Bundesstaaten durch das Reich!

Ein Initiativantrag der Mehrheitsparteien.

Der interfraktionelle Ausschuss der Mehrheitsparteien des Reichstages hat unter Hinzuziehung der preussischen Landtagsfraktion sich dahin geeinigt, in der nächsten Reichstags-Sitzung folgenden Initiativantrag einzubringen:

Die Wahlen zum Reichstag und in den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt ist, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat.

31. In einem Bundesstaat das Wahlrecht nicht bis 31. Dezember 1919 entsprechend den vorstehenden Bestimmungen geordnet, so kann es für ihn durch die Reichsgesetzgebung geändert werden.

Die Zugehörigkeit zur Volksvertretung geht nicht dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt.

Dieser Antrag wird gemeinsam von den Nationalliberalen, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten eingebracht. Das Zentrum wird die Frage erneut in einer Fraktionsführung beraten. Die Zentrumskolonie war gestern nur schwach vertreten, weil infolge von Zugzwängen eine Anzahl Abgeordneter nicht hatten eintreffen können. Auf jeden Fall wird das Zentrum die Abstimmung freigeben.

Was das Frauenwahlrecht anbelangt, so wird die Sozialdemokratie dieses als Amendement zu dem vorstehenden Antrag einbringen. Es besteht die Hoffnung, daß die Fortschrittlichen und ein Teil der Nationalliberalen zustimmen, daß sich eine Mehrheit ergibt.

Der Weg in Preußen ist so gedacht, daß die jetzige Vorlage in Preußen die das gleiche Wahlrecht bringt, zunächst verabschiedet wird. Nachdem soll der Landtag aufgelöst werden, und es sollen Wahlen auf Grund des neuen Gesetzes stattfinden. Der neue Landtag wird dann das Wahlrecht mit den reichsgesetzlichen Vorschriften in Einklang zu bringen haben. Kommt er damit bis zum 31. Dezember 1919 nicht zustande, so erfolgt gemäß Absatz 2 des Antrags die Regelung durch das Reich.

Englische Sympathiefundgebung.

Bern, 7. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) In London fand eine Massenversammlung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft statt, welche die Royal Albert Hall bis auf den letzten Platz füllte. Zu Beginn wurde „Die rote Fahne“ gesungen, sodann ein dreifaches Hoch auf die deutsche Revolution ausgedrückt. Auf der Rednertribüne waren rote Fahnen aufgestellt mit der Aufschrift: „Arbeiter der Welt, vereinigt Euch!“ Präsident Cramp vom englischen Eisenbahnerverband, Mitglied des Unterhauses, und Unterhausmitglied Thomas hielten Ansprachen. Thomas richtete eine scharfe Vorrede an den Seemannsverband wegen seiner Politik, die Reise von Sozialdemokraten zu Friedensbesprechungen zu verhindern. Die Eisenbahner hielten vor der Entscheidung, die gleiche Politik der Nichtbeteiligung gegenüber den Leitern des Seemannsverbandes und der Deputierten einzuschlagen, welche diese Politik unterstützen. Die Regierung solle sich wohl überlegen, ob sie diese Gewaltpolitik weiter mitmachen wolle. Alle diese Leute sollen an den Tag der Abrechnung denken. Thomas sagte: „Die schwerste Verantwortung liegt auf denen, die den Krieg und verhängnisvollen, politischen oder nachgeordneten fortsetzen.“ Er protestierte gegen Korbelliste und die Pressefreiheit, die er ausübe. Seine Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sei eine dauernde Gefahr. Er erbat die Versammlung um eine Kundgebung in diesem Sinne. Er sagte weiter: „Wir Arbeiter verlangen den Reichsfrieden. Lloyd George — der Name wurde mit allgemeinem Jubel aufgenommen — hat sich durch die Annahme der 14 Punkte auf den Reichsfrieden festgelegt. Die Herrschenden sollen an die Zukunft denken und keinen Frieden schließen, der Deutschland mit Gräueltaten erfüllen müßte.“ Die Versammlung nahm einen entsprechenden Antrag an.

Der Gesamtindruck geht dahin, daß bei den englischen Kriegstreibern erste Beschränkungen wegen der Rückwirkung der Demokratisierung Deutschlands auf die englische Arbeiterschaft bestehen.

In Dortmund und Duisburg sind Flugblätter mit der Unterschrift „Soldatenrat von Kiel“ verbreitet worden, in denen es heißt: „Unsere Vorpostenboote haben sich mit den englischen vereinigt; auf diesen herrschen die gleichen Zustände wie auf den unseren. Auch in der französischen Flotte soll die Lage eine ähnliche sein.“

Das englische Propagandaministerium überflüssig geworden. Rotterdam, 7. November. Im Unterhaus hat Bonar Law nach einer Rede des „Newspaper Courant“ aus London mitgeteilt, daß nicht die Absicht bestehe, einen Ratfolger für den zurückgetretenen Propagandaminister Beverbrook zu ernennen. Die Mitteilung wurde mit Beifall aufgenommen.

Allgemein erhöhte Mehleration.

Berlin, 8. November. In Verfolg der gestrigen Erklärung des Kriegsernährungsamts gibt die Reichsgetreidestelle bekannt, daß vom 1. Dezember dieses Jahres ab die tägliche Mehleration allgemein

um 40 Gramm

erhöht wird. Den Schwer- und Schwerstarbeitern wird diese Erhöhung auf ihre Zulagen angerechnet. Die erhebliche Verbesserung auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Der Kampf gegen die französischen Kriegsverlängerer.

Im französischen Senat feierten Präsident Dubost und Minister Pichon den Sieg der Alliierten. Dubost endete mit den Worten: Der Krieg geht für die Alliierten weiter. Er wird weitergehen, bis sie die vollkommene Sicherheit erlangt haben, deren sie bedürfen, sowie die zum Schutze der Freiheit und der Zivilisation notwendigen Bürgschaften. Pichon sagte im Anschluß an die Mitteilung von dem Absterben der deutschen Unterhändler:

Das ist nicht der Preis dafür, es ist nur die Morgenröte, aber eine leuchtende Morgenröte, die der Welt für eine Stunde, die nicht mehr sein kann noch den früheren Tagen, die wir in Blut und Trümmern durchlebt haben. Tage der Wiedergutmachung, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit anknüpft. Er feierte die Armeen und begrüßte zum Schluß den Sieg der Wiedergutmachung nicht für flüchtige Eroberungen, sondern für den ewigen Triumph des Rechtes und der gemeinsamen Güter der Menschheit.

Pichons Aufgebot an Wendungen aus den Trüben der alten bürgerlichen Revolutionsdiktatur Frankreichs, macht in diesem Augenblick den Eindruck, als sei sie auf die Stimmung bedacht, die den Kriegstreibern, die immer noch das graue Lied vom Weiterdauern des Nordens hinauströmpeln, von links her droht. Gegen Pichons Verhalten in der Kammer, sein Abweisen der sozialistischen Anfragen nach dem Sinn des Wilsonprogramms, haßt, gereizter Widerpruch, der als Teil einer wachsenden Bewegung zu werten ist, ins Land hinaus. Wir erhalten folgendes Telegramm: Bern, 8. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Es ist greifbar in der „Humanität“ heftig Pichon an, der auf Pichons und Renaudels Frage über die Interpretation des Wilsonprogramms durch die Regierung die Antwort verweigerte. Er greift auch die Kammermehrheit an, die die Kontrollrechte preisgibt. „Populaire“ behandelt das Thema noch schärfer und greift besonders die Sozialisten an, die dieser Ablehnung zustimmen und Clemenceau unterstützen. Zweifellos sei die Lage der sozialistischen Parlamentarier schwierig, aber die Erinnerung an Vebels und Liebnechts Verhalten möge sie stärken. Gegen das Vertrauensvotum stimmten 56 Sozialisten, darunter Brode, Renaudet, Sembat; dafür stimmten 18, darunter Varenne. Unter den 15 Abgeordneten, die sich der Stimme enthielten, waren Thomas und Delors.

Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte in England.

Verschiebung der Wahlen?

Rotterdam, 7. November. „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: Wie bekannt, ist die Ausübung des Wahlrechts durch die Soldaten im Felde auf Schwierigkeiten gestoßen. Der Premierminister hält es deshalb für besser, die Neuwahlen bis zum nächsten Jahre zu verschieben.

Die Regierung hat beschlossen, unverzüglich eine Gesetzesvorlage zur Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einzubringen, die für die Dauer des Krieges aufgehoben war.

Amsterdam, 8. November. Im englischen Unterhause beantragte Dillon, die Sitzung zu vertagen, um die Regierung zu einer Erklärung betreffs der Wahlen zu zwingen. Bonar Law erklärte, daß die Sitzung keine Sache wäre, die das Kabinett angehe, sondern den Ministerpräsidenten, der den Souverän in dieser Frage berate. Lloyd George hätte über seine Entscheidung weder ihn, noch seinen Kollegen etwas mitgeteilt. Sobald die Regierung definitiv wisse, daß eine Wahl stattfinden werde, würde das Haus darüber unterrichtet werden. Der Ton der Erklärung Bonar Laws ließ vermuten, daß die Wahlen vor der Tür stehen.

Haag, 8. November. (Wiedung des Holländisch Neuweltbüros.) Der „Daily Telegraph“ meldet, daß der Premierminister heute Konferenzen mit den unionistischen Liberalen und Arbeiterabgeordneten hatte, die Mitglieder des Kabinetts sind. Die Besprechungen hatten vollen Erfolg. Das Weiterbestehen der Koalition scheint vollständig gesichert zu sein und am Vorabend der allgemeinen Wahlen wird ein Manifest erscheinen, das den Charakter eines Auftrages an das Volk tragen wird und die Unterhändler von Lloyd George, Bonar Law und Barnes aufweist. Die Uebereinstimmung ist inzwischen zur Tatsache geworden und die interessierten Parteien werden sich in den Wahlbezirken des Landes an die getroffenen Abmachungen halten.

Daß Barnes sich von Lloyd George gewinnen läßt, bedeutet keineswegs, daß Lloyd George auch die Arbeiterpartei schon in der Tasche hat. Aber er wirbt um ihre Gunst, und wie die Gewerkschaftsvorlage zeigt, schickt er sich an, das Mißtrauen zu überwinden, das er durch allerlei Kriegsmassnahmen in den Gewerkschaftskreisen gegen sich gesetzt hat.

Lloyd George gegen eine Friedenskonferenz der sozialistischen Internationale.

Rotterdam, 7. November. „Nieuwe Rotterdamische Courant“ zufolge erfährt der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“, daß die Frage, ob eine internationale Arbeiter- und Sozialistenkonferenz gleichzeitig mit der Friedenskonferenz abgehalten werden solle, dem Premierminister vorgelegt wurde und daß Lloyd George sehr dagegen ist. Es ist fast sicher, daß die Regierung für eine solche Konferenz keine Pässe erteilen wird.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

Amsterdam, 8. November. Aus Washington wird gemeldet: Die „Associated Press“ teilt mit: Nach den bis gestern mittag vorliegenden Stimmen sind die Republikaner wenigstens der Hälfte der Sitze im Senat und einer entschiedenem Mehrheit im Kongreß sicher. Das Gesamtresultat der Wahlen vom Dienstag ist jedoch noch nicht vollständig bekannt. Michigan und Idaho ist sich noch bezüglich der Wahlentscheidung zwischen dem republikanischen Kandidaten Henry Ford und dem Senator Ruggers von Idaho im Zweifel. Die Demokraten melden keine Verluste an Stimmen gegenüber dem republikanischen Kandidaten. Der frühere Gouverneur Harding verliert an den Ausgang der Wahl zwischen Senator Hall (Republikaner) und Walton (Demokrat) im Senate New Mexico. Man glaubt an eine Wiederwahl von Hall. So würden dann die Republikaner auf herbeizutreiben. Solange jedoch in Michigan die Entscheidung nicht gefallen ist, ist über das endgültige Resultat nichts zu sagen. Die Lage im Repräsentantenhaus ist folgende: Republikaner 268, Demokraten 184 Sitze. Die Republikaner sind 1 Sozialist kommen.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute der Berliner Großbetriebe

haben sich gestern abend mit der Situation beschäftigt, die sich nach dem Ultimatum der sozialdemokratischen Partei ergeben hat. Die Vertrauensleute treten morgen vormittag noch einmal zu einer Sitzung zusammen. Durch einstimmige Wahl ist ein aus 16 Personen bestehender Aktionsausschuß eingesetzt worden.

Linsingen geht!

Wie wir hören, hat der Oberkommandierende in den Marken, Generaloberst v. Linsingen, gestern in später Abendstunde seinen Abschied eingereicht.

Damit tritt zunächst nur der Chef des Stabes, Oberstleutnant v. d. Berge, an die Spitze des Oberkommandos. Es handelt sich darum, nicht nur Personen, sondern auch Einrichtungen und Anordnungen zu beseitigen.

Eine unhaltbare Verhaftung.

Der Parteisekretär der Unabhängigen, Ernst Däumig, ist gestern mittag um 1 Uhr an der Marschallbrücke festgenommen worden. Die Festnahme erfolgte anscheinend auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken.

Massenrücktritt preussischer Minister.

Berlin, 8. November. Die Herren Staatsminister Drews, Schmidt, von Eifenhart und Hergt haben ihre Entlassung erbeten, auch hat der Herr Staatsminister von Waldow erneut seine Verabschiedung nachgeholt.

Das Abschiedsgesuch des Herrn Staatsministers von Breitenbach liegt bereits seit längerer Zeit im Kabinett.

Für Groß-Deutschland!

Folgender Aufruf geht uns zu:

An unsere Mitbürger!

Wir halten für erforderlich: sofortigen Zusammentritt einer Nationalversammlung aus allen deutschen und deutschösterreichischen Völkern, die sich dem neu zu begründenden Großdeutschland anschließen wollen. (Sobald der Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung erfolgt ist, übernimmt er vom Reichstag und Bundesrat die Leitung aller Geschäfte.)

Hauptaufgaben der Deutschen Nationalversammlung sind:

- I. Friedensschluß;
II. Volksernährung und Uebergangswirtschaft;
III. Bestimmung der Verfassung von Großdeutschland nach Inhalt und Form.

Wir fordern unsere Mitbürger auf, sich unserer Rundgebung in der Presse und in Versammlungen anzuschließen und den sofortigen Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung durch Wahl von Vertrauensmännern vorzubereiten.

Justimmungs- und Erklärungen zu der Forderung der Deutschen Nationalversammlung sind zu richten an Dr. Leo Arons, N.W. 23, Brüden-Allee 3.

Demobilisierungsfragen.

Am Freitag fand im Reichswirtschaftsamt eine Sitzung über Groß-Berliner Demobilisierungsfragen statt. Oberbürgermeister Wermuth schilderte die ganzen bevorstehenden Aufgaben sowie die bisher getroffenen Maßnahmen. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, in aller Eile die Befähigung der Nichtkrieger für die Erwerbslosenfürsorge herbeizuführen, ferner die Zuführung der Heeresentlassenen in ihre alten Arbeitsstätten unter weitgehendem Ausbau der Arbeitsnachweise, die Ueberleitung der Heeresbestände an Rohstoffen, Salz- und Fertigerzeugnissen für Velleidung zum bürgerlichen Bedarf, die Schaffung besonderer Reserven, um die Versorgung der Großstädte sicherzustellen, endlich die Vereinstellung von Baumaterialien. Die Vertreter der Industrie erklärten sich bereit, unter Zurückstellung des Verdienstmomentes für die weitgehende Einstellung der Arbeiter zu sorgen. Sämtliche anwesenden Gemeinden erklärten sich entschlossen, in engem Einvernehmen miteinander in einer freien, die eigene Initiative am rechten Ort ermöglichenden Weise zu arbeiten.

Geschichte — keine Greuelgeschichten!

Was sich dieser Tage in einer Reihe von deutschen Städten abspielt, das gehört, man mag dazu stehen, wie man will, der Geschichte an. Es sind Vorgänge von ungeheurer Tragweite und von einer Bedeutung für die Zukunft, die nicht abzusehen ist. Was die Bewegung hier oder dort über das Ziel hinausgeschossen sein, zweifellos steht ein gewaltiges Quantum politischen Idealismus in ihr und das Blut, das dabei geflossen ist, war nicht schlechter als das der Schlachtgräben.

Dieser Standpunkt muß betont werden gegenüber Verleumdungen der reaktionären und bürgerlichen Presse, aus der großen Geschichte eine Anzahl Greuelgeschichten zu machen. Der amtliche Bericht vom 7., der vom „Vorwärts“ bereits kritisiert wurde, hat leider den Anstoß hierzu gegeben, indem er seinen Mangel an tatsächlichen und positivem Inhalt unter einer Fülle sensationeller Einzelheiten grauenhaften Charakters zu verbergen sucht. Ganz ähnlich ist auch der amtliche Bericht vom 8. mit seinen Herabsetzungen und Verdächtigungen ausgefallen. Das Gesammte über „russische Einflüsse“ namentlich ist kindisch, das ist die Reuaufgabe der „Polen, Juden und Franzosen“ von 1848. Möge die Regierung schleunigt dafür sorgen, daß diese Entwürfungen eines unreifen Reutnants aus amtlichen Berichten fortbleiben!

Die sehr unklare Geschichte von den zwei in Hamburg angeblich getöteten Frauen ist für die reaktionäre Presse das Signal. Die „Deutsche Tageszeitung“ die wegen unserer zwei Millionen Toten des Weltkrieges niemals mit der Wimper gezuckt hat, schreibt über diese 2 Frauen Schmach und Schande auf das deutsche Volk. Dabei kennt niemand in Berlin auch nur den ungefähren Hergang der Sache, niemand weiß, wem diese Tat zur Last fällt (falls sie sich überhaupt ereignet hat). Die „Deutsche Tageszeitung“ aber tobt: „Die Anarchie, nicht die Revolution, erhebt ihr Haupt, Blut- und Leberlast, alle tierischen Instinkte entfesselt.“ Aus den „berühmten Blaujaden“ von gestern sind heute in der „Deutschen Tageszeitung“ „Vöbel“ geworden. Denn: „nicht das Proletariat, der Vöbel hat gefiekt.“

Wird es eine Heuchelei, die größer wäre? Wir dürfen nicht vergessen: die Leute, die hier entsetzt aufschreien, sind die gleichen, die uns den Krieg als ein reinigend sittliches Stab- und Bad des Volkes gepriesen haben. Was aber würden selbst noch viel schlimmere Vorgänge in Hamburg bedeuten gegen die ungeheure Verletzung und Verwundung, gegen die millionenfachen Greuel des Krieges? Was die reaktionären Blätter treiben, ist einfache Stimmungsmaße, um Angst zu erzeugen. Genau so hat man schon 1848 und 1789 operiert.

Aber indem wir diese Heuchelei erkennen, erwächst der Arbeiterklasse auf der anderen Seite die Pflicht, diesem Treiben keinerlei Nahrung zu geben. Was auch immer kommt, eiserne Disziplin und Besonnenheit ist notwendig, Unterdrückung aller licht-scheuen Elemente, die in der jetzigen unruhigen Zeit im trägen

fischen möchten. Mag die Umwälzung in Deutschland, wie wir hoffen, einen ruhigen Charakter tragen! Immer soll der Verlauf so sein, daß er der Arbeiterklasse und den Soldaten vor Gegenwart und Zukunft zur Ehre gereicht.

Bildung von Wohnungsverbänden.

Der Bundesrat hat am Donnerstag eine Verordnung über die Bildung von Wohnungsverbänden beschlossen. Dieser Entwurf gibt den Gemeinden, Stadtbezirken und Gemeindeverbänden das Recht, sich zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels mit staatlicher Genehmigung zu Wohnungsverbänden zusammenzuschließen. Erfolgt ein solcher Zusammenschluß nicht, obwohl die Landeszentralbehörde ihn für notwendig hält, so kann die letztere den Zusammenschluß anordnen. Sie bestimmt nach Anhörung der Beteiligten die nähere Gestaltung des Wohnungsverbandes, insbesondere seine Verfassung und Verwaltung sowie die Regelung der Ausführung des Geldbedarfs.

Die Verordnung soll mit ihrer Verkündung in Kraft treten und bis spätestens 31. März 1924 Geltung haben. Einen früheren Zeitpunkt des Aufhörtkraftverlapses zu bestimmen, ist dem Reichsfiskus vorbehalten.

Die Verordnung bezieht die Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Gemeinden, welche wirtschaftlich oder räumlich zusammengehören, zu erleichtern, insbesondere zu verhindern, daß ein Wegen- und Neben-einanderarbeiten einzelner Gemeinden unter Kräfte- und Geldvergeudung stattfindet.

Für die Bildung eines Wohnungsverbandes kommen in erster Linie die

Gemeinden von Groß-Berlin

in Frage. Hier haben schon seit Monaten Verhandlungen über den freiwilligen Zusammenschluß stattgefunden, die aber leider zu einem Ergebnis nicht geführt haben, so daß die Landeszentralbehörde auf Grund dieser Verordnung nunmehr sich vor die Frage gestellt sieht, den Zusammenschluß anzuordnen.

Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß auch in anderen Gegenden des Reiches ein derartiger Zusammenschluß sich als notwendig erweisen wird; bedrohen erziehen es angebracht, die gesetzliche Grundlage für einen solchen Zusammenschluß im Wege einer Bundesratsverordnung zu erwirken.

Oberst legt Scheidemann und Bauer ab. In Wilna erscheint als offizielle Armeezeitung der 10. Armee die „Wacht im Osten“, die so deutlich ist, daß sie statt November „Rebelung“ sagt. Das Blatt ist schon öfter von uns zitiert worden, weil es ganz ungeheuer alldemokratische Propaganda in der Armee zu machen suchte. Jetzt muß es den Anruf der neuen Volksregierung abdrucken, der ihn sicher in Ton und Inhalt gar nicht genehm ist. Aber die Armeezeitung weiß sich zu rächen: Unter dem Aufruf stehen die Unterhändler sämtlicher Staatssekretäre, aber die Namen von Scheidemann und Bauer sind fortgelassen! — Selbst hier zeigt sich noch die passive Resistenz des Militarismus.

Industrie und Handel.

Schließung der Börse.

Der Börsenvorstand hat beschlossen: „Mit Rücksicht auf die im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr eingetretenen Störungen, die eine ordnungsgemäße Feststellung von Börsenpreisen verhindern, hat der Börsenvorstand beschlossen, heute, am 8., und morgen, am 9. November, eine Börsenversammlung nicht stattfinden zu lassen und die Börsenfälle geschlossen zu halten. Wenn der Börsenvorstand am Montag seinen neuen Beschluß faßt, findet an diesem Tage Börse statt.“

Ein Mitarbeiter der „Vol. Parl. Nachr.“ hatte eine Unterredung mit dem Direktor der Dresdner Bank, Herrn Herbert Guttmann. Auf die Frage nach den Gründen der Börsenschließung und dem Verhalten des Publikums antwortete Direktor Guttmann:

„Die Berliner Börse ist eine deutsche Börse und bietet ein vollkommenes Abbild des gesamten geschäftlichen Lebens des ganzen Deutschen Reiches. Berlin ist heute von allen Verbindungen abgeschnitten. Siehe man die Börse weiter funktionieren, würde sie zu einer lokalen Institution herabsinken, gewissermaßen Inzucht treiben. Das widerspricht ihrem eigentlichen Beruf.“

Aus dem Publikum liegt kein starkes Angebot vor; es sieht dem Ereignissen ruhig und gefaßt entgegen. In Finanzkreisen ist man allgemein der Ansicht, daß kein Anstoß zu einer Panik vorliegt und die gesunde Vernunft die Oberhand gewinnen wird.

Letzte Nachrichten.

Eine Deputation der Regierung begibt sich ins Hauptquartier.

Die Staatssekretäre Dr. Solf und v. Waldow sowie der Chef des Geheimen Zivilkabinetts v. Delbrück sind in der letzten Nacht ins Hauptquartier abgereist.

Volksbewegung in Polen.

Krakau, 8. November. (Holländisch Neuweltbüros.) Nach hier eingelaufenen Meldungen aus Warschau nimmt die Lage in Polen eine erste Wendung. Unter Führung von Drogoszki und Witus ist ein Direktorium des politischen Volkes gebildet, welches die Regierung antreten will. Das Direktorium hat eine Rundgebung erlassen, in der der Regentenschaftsdrag für abgesetzt erklärt wird.

Die Bewegung im Reich. — Köln.

Berlin, 8. November. Aus Köln liegen Meldungen vor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle über alle Soldaten übernommen hat. Die Bahnhofskommandantur und alle militärischen Wachen sind durch den Gouverneur zurückgezogen worden, der heute mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verhandelt. Zu Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen. Die Bahnhöfe sind durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt.

Die Amerikaner in Sedan.

Der amerikanische Bericht vom 7. November nachmittags meldet: Gestern 4 Uhr nachmittags haben sich vorgehobene Truppenteile der 1. amerikanischen Armee des auf dem Westufer der Maas gelegenen Teiles der Stadt Sedan bemächtigt. Die Brücke, welche über die Maas zu dem anderen Teil der Stadt führt und die von feindlichen, auf dem Rückzug befindlichen Truppen überfüllt war, ist zerstört worden. Die Stadt ist in Brand gesetzt und die Eisenbahnbrücken sind ebenfalls zerstört worden. Die wichtige Seitenverbindung zwischen Reich und den deutschen Truppen, welche nach Frankreich und Belgien besetzt halten, ist gegenwärtig dank der Erfolge der amerikanischen Armee abgeschnitten.

Die Verkehrserschwerungen.

Ähnlich wird mitgeteilt: Nachdem der Eisenbahnverkehrsverkehr auf den von Berlin ausgehenden Strecken ganz oder zum größten Teil bis auf weiteres eingestellt ist, mangelt es an ausreichenden Beförderungsbelegungen für die hier zur Post gelieferten Verladungen. Die Annahme von Geldbriefen und Wertpapeten seitens der Postanstalten in Berlin und den Vororten ist deshalb vorläufig unter-sagt worden.

Groß-Berlin

Das Berliner Straßenbild

berriet auch am gestrigen Freitag äußerlich so gut wie nichts von den weltgeschichtlichen Ereignissen, die sich innerhalb seiner Mauern abspielten, und von den Stimmungen und Leidenschaften, die die Seelen der Einwohner bewegten, erschütterten und berührten. Nach dem unerforschlichen Rat-schluss des Oberkommandos war Berlin von aller Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten, und so konnten denn die sattem bekannten Nachrichten aus „sicherster Quelle“ unbehindert kurzieren, und die wahnsinnigsten Gerüchte fanden gläubige Ohren. Wenn die Militärbehörde etwa die Absicht geäußert hat, beruhigend auf die Bürger einzuwirken, so darf man ihr das Zeugnis nicht verweigern, daß sie mit der völligen Isolierung Berlins die denkbar wirkungsvollste Maßregel ergriffen hat, um diesen Zweck zu erreichen.

Auch sonst war es das Militär und nur das Militär, das dem äußeren Bilde Berlins gestern ein vom gewohnten abweichendes Gepräge gab. Die zum Schloß führenden Straßen waren mit Militärposten besetzt. Auch auf dem Dache des Schlosses selbst erblickte man Soldaten, und man geht wohl nicht fehl mit der Vermutung, daß hier in Bereitschaft gehaltene Maschinen-gewehre des Minus hatten, um einem unbotmäßigen Volk die letzten Grüße des scheidenden Militarismus zu übermitteln.

Obgleich der Schloßplatz abgesperrt war, standen während der Mittagsstunden zahlreiche Neugierige in der Nähe der Kommandantur umher, wo sich um 12 Uhr die in Groß-Berlin auf Urlaub weilenden Offiziere dienstlich zu melden hatten. Die Herren erschienen zum Teil in feld-marschmäßiger Ausrüstung. Was a. v. und g. v. war, wurde nach Angabe seiner Adresse entlassen, was l. v. war, wurde zurückgehalten. Als schließlich auch Sanitäts-mannschaften und Krankenschwestern in der Kommandantur verkehrten, erkannte das Publikum mit Befriedigung, in wie humaner Weise die Militärbehörde auf sein Wohl bedacht ist.

An den Abendstunden bewegten sich größere Menschen-mengen durch die Linden. Es war aber kein Publikum, gegen das man Gedächtnis aufzufahren pflegt, sondern die eleganten Hofherren der Kaiserinstraße hatten ihre Ver-dauungspromenade gestern hierher verlegt, um bei eventuellen historischen Ereignissen zugegen zu sein. Es gab aber nichts dergleichen, und die Stimmung war im allgemeinen gedrückt und dumpf.

Besonders munterer ging es am Halleschen Tor zu, als einige mit Jägern und Maschinengewehren beladene Autos ihren Einzug hielten. Herausfordernde Kampfgeschreie tönten von den Lippen der jungen Krieger, die, wie einer von ihnen dem Publikum mitteilte, zu jener Truppe gehörten, die einst in Finnland die Rote Garde niederge-lämpft hat.

Am späten Abend sind dann an einzelnen Stellen, z. B. in der Kruppstraße, am Alexanderplatz und in der Dorotheen-straße, Maschinengewehr- und Artillerieabteilungen auf-

gefahren, doch sind uns trotz dieser militärischen Maßnahmen Nachrichten von irgend welchen Unruhestörungen bis zum Re-daktionschluss nicht zugegangen.

Berlin, 8. November. (Amtliche Meldung.) Die gestrige An-ordnung über die Einstellung des Privattelegramm- und Fernsprecheverkehrs ist aufgehoben.

Wegen Bahnsperrung und Papiermangel

müß der „Vorwärts“ vorläufig in vermindertem Umfang erscheinen. Auch die Interate müssen heute entfallen.

Einen Antrag auf Eingeweißung sämtlicher Vororte hat die unabhängige Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Die Milchlieferung kostet, und um wenigstens die kleinsten Kinder und die Schwerverkranken zu versorgen, ist für heute folgende Be-lieferung angeordnet worden: Auf die A-Karten 1/2 Liter, auf die B1-Karten 1/2 Liter, auf die B2-Karten 1/4 Liter, auf die 1/2 Liter-Karten 1/4 Liter, auf die 1 Liter- und 1/2 Liter-Karten 1/4 Liter, auf die 1 Liter- und 1/2 Liter-Karten 1/4 Liter. Für den Verkauf wird den Kindern im 5. und 6. Lebensjahre 1/2 Pf. Nährmittel (Hafersoden, Grieß, Graupen) verabfolgt. Das Nähere wird alsbald bekannt gegeben.

Der Verkauf von Rohrriiben und Zwiebeln beginnt heute in den Bezirken der Volkskommissionen Nr. 120 bis 133, 151 bis 163, 168 bis 170, 173, 175, 182, 186, 187 bis 190, 198, 206, 207, 211, 215, 233, 236, 237 und 241.

Neuföhen. Lebensmittel. Vom Sonnabend, den 8., bis Mit-twoch, den 13. November, dürfen in den hiesigen Verkaufsstellen auf die Vollmischkarte A I (rote Farbe) und A II (blaue Farbe) 500 Gramm Kindergerstemehl entnommen werden.

Panlow. Verkauf von Zwiebeln. Den mit dem Verkauf von Speisekartoffeln betrauten Kleinhandelsbetrieben sind Zwiebeln zum Verkauf überlassen worden. Auf Abschnitt 78 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfällt ein Pfund (82 Pf.).

Friedrichsfelde. Lebensmittel. In den nächsten Tagen erhalten Kinder vom 3. bis 6. Lebensjahre je ein Pfund Raizextrakt (20 Pf.). Kinder im 2. Lebensjahre erhalten je ein Paket Hafers-mehl (35 Pf.) gegen Bezugsscheine, die im Einwohner-Melbeam-t, Karlshorst, Dönhofsstr. 81, bzw. Friedrichsfelde, Wilhelmstr. 1, aus-gegeben werden. Als Anweisung ist die Haushaltungsliste vorzu-legen.

Romow. Lebensmittel. Es werden ausgegeben: 1 Koffei auf Abschnitt 26, 100 Gramm Grieß auf Abschnitt 21 für Jugend-linge. Die Waren sind heute und morgen in Empfang zu nehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

48. Kommunalwahlbezirk.

Sonntag, den 10. November, vormittags 9 Uhr, findet für den 48. Kommunalwahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt. Die Mit-glieder werden ersucht, zu der angegebenen Zeit im Zentralwahl-bureau bei Ledowdowski, Seestr. 104, Telefon: Roabit 8102, zu erscheinen.

Allgemeine Familienherbefe. Sonntag, den 10. November: Zahn- und Zahnärztin von 3-6 Uhr im Restaurant Gerichstr. 12/13, am Sonnabend, 10. November, in Euban (Waldaner Hof) von 3-4 Uhr.

Kücheneinrichtungen und Sterbefälle der Metzgerbetriebe. (B. u. S. Hamburg.) Filiale Berlin 4. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei H. Schmidt, Or. Frankfurter Str. 30.

Gewinnauszug der 12. Preussisch-Süddeutschen

(K. S. Königlich-Preussische) Klassenlotterie

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 000 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 10 000 Mk. 27812

6 Gewinne zu 5000 Mk. 151211 178240 212402
78 Gewinne zu 3000 Mk. 25937 40917 42032 44406 48903 55740 64309 73491 76557 78203 80033 87848 92051 94284 107258 107561 107838 109984 110578 128326 134295 185957 138120 147283 163752 172537 176850 188891 191984 194278 196989 203798 207113 207473 208128 209219 214967 221151 228039

114 Gewinne zu 1000 Mk. 8159 9594 23551 28530 35098 37075 39507 43345 62095 62564 65820 68765 69890 70048 71284 73240 81132 83165 84252 86738 86761 89205 89279 90673 91256 91365 100722 110207 112805 121395 126331 135726 136242 138473 140497 144690 148252 148959 149630 150172 151611 159988 163816 170200 170844 173559 176387 177723 179982 182125 185435 198205 216794 224288 226592 227674 228917

228 Gewinne zu 500 Mk. 475 1405 4607 6158 6872 11898 19368 19770 22912 23925 26760 28803 31100 31124 32392 33491 34304 35513 37610 42160 43138 44818 45518 47281 50173 52205 54973 56146 56585 61178 62659 66681 66288 67942 70131 70416 70767 71652 72410 72478 75006 76900 77612 79519 80060 80700 81103 91599 91849 91984 95489 995113 100728 103627 108411 107406 111554 112101 113240 114524 118196 119541 119563 119840 126828 134408 139396 140989 142429 145098 147176 147385 148336 151562 154834 158042 167005 165553 159355 159797 156912 162929 164272 163573 172357 172885 178929 177477 178706 180950 182028 182399 185183 187260 188776 189281 191087 191780 193245 195906 198241 198350 203909 205707 209868 210133 211728 214512 218460 218996 222718 222760 230612 232349

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 210 000 Mk. gezogen: 6 Gewinne zu 10 000 Mk. 27765 33778 156504

4 Gewinne zu 5000 Mk. 154580 172199
8 Gewinne zu 3000 Mk. 25470 77057 99821 139084 58 Gewinne zu 1000 Mk. 7930 9577 41168 50330 67648 69370 72072 87731 90170 86140 96267 106094 106218 107394 118464 122153 124187 126752 137507 145155 156456 158868 164274 177384 184892 197247 214935 217908 230944

164 Gewinne zu 500 Mk. 2227 11168 11508 11783 12848 15567 15627 18526 20749 21765 21052 26739 31471 81694 39826 46749 49879 51082 54422 54268 55085 57332 62417 62426 63581 66748 74070 76882 77114 77719 81427 81992 81993 87962 89709 90263 97438 97747 98917 103320 105920 108647 112135 115417 115531 116460 117221 121790 123838 124168 130403 131431 133088 137564 138904 150230 152177 158023 160538 170222 171913 178403 181778 183174 183556 190805 198223 200041 204090 206285 207096 217347 207619 210882 212114 221199 224951 229095 230318 232858 233910

162 Gewinne zu 500 Mk. 5012 6851 15842 19005 22573 23764 24744 25702 30101 30619 32493 38197 40392 42291 49964 50389 51785 55289 56757 59139 67978 89484 76132 77873 82208 82645 88700 89405 90338 90508 91864 95844 98805 107573 109794 114380 116728 118280 119919 121372 122879 125502 128926 128451 128629 131631 134018 135819 140077 140101 140874 144447 144874 145349 145731 151149 152306 152767 157847 159172 161138 162948 163647 165488 168827 169547 177742 185248 197682 200636 201685 207852 214090 218770 221224 226022 230473 230625 232279 233499

Verantwortlich für den Inhalt: Erich Kuntze, Berlin. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Reichshagen. Für den Reichshagen-Teil: Alfred Schell, Reichshagen. Druck: Reichshagen-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2.

Direktion Max Reinhardt.

Deutsches Theater

7 Uhr: Faust I.

Kammerspiele

8 Uhr: Schellerhaufen.

Kleines Schauspielhaus

Fasanenstraße 1, Portal 5.

7 1/2 Uhr: Gasparstonsale.

Volksbühne

Theater am Bülowplatz.

Direktion Friedrich Kayßer.

7 1/2 Uhr: Haß für Maß.

Lessing-Theater.

Direkt.: Viktor Barnowsky.

7 1/2 Uhr: Der Marquis von Keith.

Stg.: Der Marquis von Keith.

Deutsches Künstler-Theater.

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Nachtbeleuchtung.

Auferstehung.

Theater Königgrätzerstr.

7 1/2 Uhr: Rosmersholm.

Komödienhaus

7 1/2 Uhr: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater

7 Uhr: Sterne.

die wieder leuchten.

Casino-Theater.

Lehringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11 Uhr.

Ruf noch bis 11. November

der erfolgreichste Rollen-Spieler

Man laßt mal wieder!

Simm. 12. Nov. um 11. Uhr:

Die goldene Bräute.

Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Züngling.

Theater der Friedrichstadt.

Ecke Friedrich- u. Lintenstr.

7 1/2 Uhr. Tägl.: Nord. 8850.

Kaiserplatz 3, 1 Tr.

v. Müllendorff, Georg L. Helms

Sonnt. abend u. Sonntag 3 1/2 Uhr:

Hänsel u. Gretel im Zauberwald.

Trianon-Theater

81. Friedrichstr. Znr. 427, 2301

Nachm. 4 Uhr. kl. Preise:

Hänsel und Gretel.

Täglich acht Uhr:

Der gute Ruf

von Hermann Sudermann

Ida Wüst, Bruno Kasiner,

Emma Dehner, Hugo Flink,

Theater für Sonnabend, 9. November.

Central-Theater

7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus

7 Uhr: Eugen Onegin.

Friedrich-Wilhelmstheater

7 1/2 Uhr: Hannerl.

Kleines Theater

8 Uhr: Alt-Nürnberg.

Komische Oper

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Stg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater

7 Uhr: Die Faschingsfee

Neues Operettenhaus

7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

Stg. 3 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Palast-Theater

8 1/2 Uhr: Philotas. Der zerbrochene Krug.

7 1/2 Uhr: Der Stralauer Fischzug.

Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr:

August der Starke.

Schloßbrauerei Schöneberg

122-123 Hauptstr. 122-123.

Täglich

Gr. Ehren-Ringkämpfe

u. a. Weltmeister-Ringer Hans Schwarz

vorher das hervorragende Varieté-Programm.

Kassen-Eröffnung 7 Uhr.

Kabarett Tivoli

Bunte Vorträge

Spielfolge vom 1.-15. November:

Carla Brand, Ariur Zahle, Harry Sänger,

Anni Wilkens-Schulhof, Alois Kraemer,

Schwester Läck, Paul König, Vettori?

Kraemer-Wolff.

Täglich zwei Kapellen.

Anfang wochent. 7. Sonntag nachm. 4 Uhr.

Kottbuser Damm 95 Fernsp. 14553

Central-Theater

7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus

7 Uhr: Eugen Onegin.

Friedrich-Wilhelmstheater

7 1/2 Uhr: Hannerl.

Kleines Theater

8 Uhr: Alt-Nürnberg.

Komische Oper

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Stg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Residenz-Theater

7 1/2 Uhr: Lilli Grün.

Schiller-Th. Charl.

8 Uhr: Wilhelm Tell.

7 1/2 Uhr: Hamlet.

Thalia-Theater

8 1/2 Uhr: Reise ins Schlaraffenland.

7 1/2 Uhr: Unter d. blühend. Linde.

Theater am Nollendorfsplatz

3 1/2 Uhr: Kabale und Liebe.

7 Uhr:

Der alte Tschafel.

Theater des Westens

4 Uhr: Aschenbrödel.

7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe

mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: Graf Habenechts.

Sonnt. 3 1/2 Uhr: Frühlingsluft.

Rose-Theater.

8 1/2 Uhr: Schneewittchen.

7 1/2 Uhr: Gastsp. d. Friedr.

Wilhelmstadt. Theaters:

Das Dreimäderlhaus.

NATIONAL-THEATER
Ganz Berlin spricht von:
Prinzenliebe.
Operette von Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Studentenliebchen (Operette.)
Vorvk. v. 10 U. ununterbrochen

Schau-Burg
in der Concordia, Andreasstr. 64.
Der Film zur richtigen Stunde:
Ferdinand Lassalle.
Anfang: Wochentags 5 Uhr und 8 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN
Henry Bender
Gies Kolbe
Otto Röhr
Humorist am Flügel
sowie der
Große bunte
November-Spielplan
12 Kunstkräfte 12

Admiralspalast.
Die Prinzessin
von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajda.
7 1/2 Uhr.

Rose-Theater
Sonntag, den 10. Nov.
nachmittags 3 Uhr:
Martha
Oper in vier
Akten von
Flotow.

Circus
Busch
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Katzensprung
aus d. Zirkuskuppel.
Die besten Drahtseilkünstler
3 Veras
sowie das übrige große
Zirkus-Programm.
Zum Schluß:
„Oberon“
Phantastische
Wasser-Pantomime
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Hänsel und Gretel.

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 28,
n. d. Andreasstraße.
Ernst